

Berner Sozialwesen: Ein Bericht über Stagnation

Institutionelle Integrationsangebote

Institutionelle Integrationsangebote wie beispielsweise Kindertagesstätten oder die Gemeinwesen- und die offene Kinder- und Jugendarbeit tragen viel zur Armutsprophylaxe bei. Doch auch hier ist die Bilanz der letzten Jahre eher ernüchternd. Zwar hat der Kanton Bern seinen Mitteleinsatz bei den Kindertagesstätten ausgebaut und gibt derzeit rund 56 Mio. Franken für die Kita-Finanzierung aus; allerdings waren zu wenig Mittel verfügbar, um den nötigen Ausbau zu realisieren: So stand im Jahr 2013 überhaupt kein Geld für die Schaffung neuer Kita-Plätze zur Verfügung; die Kosten der in den Jahren 2010–2012 abgelehnten Gesuche liegen bei rund 17 Mio. Franken. Seit der Revision des Gesetzes über den Finanz- und Lastenausgleich müssen die Gemeinden für Kita-Plätze einen Selbstbehalt von 20 Prozent tragen, was den Ausbau des Angebots hemmt; Gemeinden überlegen sich heute zweimal, ob sie wirklich in die Schaffung neuer Kita-Plätze investieren wollen. Bei der Gemeinwesenarbeit hat die Streichung des Angebots aus dem Lastenausgleich den finanziellen Druck auf die Institutionen erhöht. In der Stadt Bern konnte dank der Übernahme der Finanzierung durch die Gemeinde ein Kahlschlag zwar vorerst verhindert werden. Gleichwohl: Der Kanton hat sich mit seinem Entscheid von der Mitfinanzierung einer solidarischen Integrationspolitik verabschiedet.

Die Bilanz zur Berner Sozialpolitik des letzten Jahrzehnts fällt ernüchternd aus. Von der geplanten Halbierung der Armut ist der Kanton Bern weiter entfernt denn je. Wenn aus dem Ziel jemals Realität werden soll, dann müssen die sozialpolitischen Weichen neu gestellt werden.

Der Armutsbericht 2012 des Regierungsrates zeigt: Das Armutsrisiko ist im Kanton Bern im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrhunderts gewachsen. Waren im Jahr 2001 noch weniger als 10 Prozent der Haushalte arm oder armutsgefährdet, so lag der Wert 2010 bereits bei 12,1 Prozent. Kein Wunder: Das verfügbare Einkommen der einkommensschwächsten 10 Prozent der Haushalte ist im erwähnten Zeitraum teuerungsbereinigt um 20 Prozent gesunken. Die mittleren und oberen Einkommensschichten konnten ihr verfügbares Einkommen währenddessen halten oder gar verbessern. Von der 2009 in Aussicht gestellten Halbierung der Armut innerhalb von zehn Jahren ist der Kanton Bern weit entfernt. Worauf ist dies zurückzuführen? Wo sind welche Fehler passiert? Und welche Instrumente versprechen eine Verbesserung der Situation?

Verschärfung der Sozialhilfepraxis

Hatte der Regierungsrat im Vortrag zum Fürsorgegesetz von 1960 noch ein Bekenntnis zur «Gewaltlosigkeit der Fürsorge» abgegeben, so hat sich die Gangart in der Sozialhilfe seit dem Jahr 2000 verschärft. Die Revision des Sozialhilfegesetzes von 2001 war der Wendepunkt hin zur «aktivierenden Sozialhilfe»; die Erneuerung der SKOS-Richtlinien im Jahr 2005 beförderte diesen Prozess zusätzlich. Bei der Sozialhilfegesetzrevision 2011 höhle der Grosse Rat den Datenschutz aus, indem er die Abgabe einer generellen Vollmacht zur Informationsbeschaffung zur Voraussetzung für den Sozialhilfebezug machte. Der letzte Streich erfolgte jüngst mit der Überweisung der Motion Studer, welche eine zehnpromzentige Senkung der Sozialhilfe gegenüber den SKOS-Richtlinien forderte. Die Überweisung dieses Vorstosses ist eine üble sozialpolitische Zäsur für die ganze Schweiz.

EL für Familien – eine Leidensgeschichte

Ein geeignetes Instrument zur Vermeidung von Armut wären Ergänzungsleistungen (EL) für Familien. Die Kantone Genf, Solothurn, Tessin und Waadt machen damit ausgezeichnete Erfahrungen. Der Berner Grosse Rat überwies deshalb 2009 einen parlamentarischen Vorstoss, der die Etablierung eines ver-



gleichbaren Systems forderte. Nachdem der Regierungsrat 2011 kundgetan hatte, den Parlamentsauftrag aufgrund der angespannten Finanzlage nicht erfüllen zu wollen, überwies der Grosse Rat eine parlamentarische Initiative, die das Parlament zur Gesetzgebung ohne Einbezug des Regierungsrates ermächtigt. Wer gehofft hatte, dies würde der endgültige Durchbruch für die Familienergänzungsleistungen sein, sah sich getäuscht. Eine Grossratskommission erarbeitete zwar eine Vorlage, beantragte aber gleichzeitig, die EL für Familien aus finanziellen Gründen nicht einzuführen. Dies, obwohl der Kommission bewusst gewesen ist, «dass Ergänzungs-



Zurück zur Suppenküche? Im Kanton Bern hat das Armutsrisiko in den letzten Jahren weiter zugenommen. Das Ziel, die Armut von 2009 bis 2019 zu halbieren, rückt mit der heutigen Sozialpolitik in weite Ferne.

leistungen wesentlich zur Reduktion der Armut von Familien beitragen können».

Stipendien statt Sozialhilfe

Es ist eine Binsenwahrheit, dass Personen mit geringen beruflichen Qualifikationen besonders armutsgefährdet sind. Ein angemessener sozialpolitischer Ansatz wäre daher der Ausbau des Stipendienwesens, mit dem Ziel, die berufliche Qualifikation der Bevölkerung zu verbessern. Die Zahlen illustrieren den Handlungsbedarf eindrücklich: Im Kanton Bern beziehen rund 5000 Personen zwischen 18 und 25 Jahren Sozialhilfe; 3500 von ihnen haben keine abge-

schlossene Ausbildung. Zudem hat die Sparpolitik den Handlungsdruck verschärft: Verfügte der Kanton Bern bis 2002 über ein Stipendienbudget von 45 Mio. Franken pro Jahr, liegt dieses mittlerweile bei rund 26 Mio. Franken. Deshalb forderten die Grünen 2012 einen Ausbau des Stipendienwesens, um die berufliche Integration armutsgefährdeter bzw. armutsbetroffener Menschen zu verbessern. Der Grosse Rat überwies den Vorstoss immerhin als Postulat; inwiefern der Regierungsrat dem Prüfauftrag nun materielle Verbesserungen folgen lässt, ist derzeit noch offen.

Prämienverbilligungen für die Krankenkasse

Von grosser sozialpolitischer Relevanz sind schliesslich die Verbilligungen für die Krankenkassenprämien. Bereits heute ist es so, dass der Kanton Bern einer der Kantone mit der höchsten Prämienbelastung ist. Umso verheerender sind die Auswirkungen des vom Grossen Rat beschlossenen Abbaus: Mit der Kürzung des Budgets für die Prämienverbilligungen um 35 Mio. Franken streicht der Kanton Bern einem Viertel der heutigen BezügerInnen die Prämienverbilligung. Je nach Familienkonstellation bedeutet dies eine finanzielle Mehrbelastung von über 6000 Franken pro Jahr. Dies wird zu einer weiteren Zunahme der Armut führen.

Fazit

Das letzte Jahrzehnt muss für den Kanton Bern in sozialpolitischer Hinsicht als verlorenes Jahrzehnt gewertet werden. Nötige Investitionen in den Ausbau des Systems wurden verschoben oder verworfen – und bei bestehenden Angeboten wurden Leistungen gekürzt. Wenn der Kanton Bern die Armut wie geplant halbieren will, dann braucht es mehr und gezieltere Investitionen in das Sozialwesen. Dies würde sich nicht nur menschlich, sondern längerfristig auch finanziell lohnen.

Blaise Kropf, Grossrat Grüne, Präsident Grüne Kanton Bern